

Große Anfrage

der Abgeordneten Horn, Erler, Fuchs (Verl), Gerster (Worms), Heistermann, Dr. Klejdzinski, Kolbow, Koschnick, Leonhart, Steiner, Zumkley, Dr. von Bülow, Gansel, Dr. Götte, Kühbacher, Leidinger, Nagel, Opel, Dr. Scheer, Traupe, Voigt (Frankfurt), Wiefelspütz, Walther, Bernrath, Dr. Böhme (Unna), Ibrügger, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Sicherheitspolitische Lage und Entwicklung der Bundeswehr

A. Einleitung

I. Sicherheitspolitische Lage

Die Einsicht, daß die Völker in den Bündnissen in Ost und West nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen können, findet zunehmend politische Anerkennung. Die Völker Europas leben in der Region mit der größten Dichte an hochgerüsteten Streitkräften der Erde. Angesichts der konventionellen und nuklearen Potentiale leben insbesondere die Europäer in West und Ost in einer Gefährdungsgemeinschaft, die im Krisenfälle große und schwer kalkulierbare Risiken schafft. Ziel muß es sein, auf der Grundlage einer Politik der vereinbarten, gemeinsam organisierten Sicherheit der bestehenden Bündnisse das friedliche Zusammenleben in Europa zu gestalten und schließlich eine europäische Friedensordnung zu schaffen.

Ein durchgreifender Wandel der Beziehungen zwischen den Staaten der Nordatlantischen Allianz und des Warschauer Vertrages fordert entscheidende Veränderungen in drei Bereichen, über die jetzt dringend verhandelt werden muß:

- Neuorientierung der Militärdoktrin und grundsätzliche Orientierung der militärischen Strategien, einschließlich der operativen Konzepte beider Seiten, an der Defensive;
- Veränderung der Streitkräftenstrukturen beider Seiten mit dem Ziel, die Streitkräfte auf möglichst niedrigem und gleichgewichtigem Kräfteniveau so umzugestalten, daß sie ausschließlich zur Verteidigung, nicht jedoch zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden strategischen Offensive fähig sind (Strukturelle Angriffsunfähigkeit). Dies umfaßt insbesondere Waffensysteme, Personal, Verbandsgrößen, Verbandsgliederungen sowie Stationierungen;

- Weiterentwicklung der „Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen“ (VSBM) und wirksame Kontrollen zur Einhaltung von Vereinbarungen (Verifikation).

II. Bedingungen für die Weiterentwicklung der Bundeswehr

Wachsende Ressourcenprobleme, insbesondere die aufgrund der demografischen Entwicklung zu berücksichtigenden personellen Rahmenbedingungen und die wegen unabweisbarer anderer Staatsaufgaben zunehmend angespannte Haushaltslage – nicht zuletzt, aber auch die unvermeidbaren Kostensteigerungen moderner Waffensysteme und -technologien – zwingen zur Umstrukturierung der Bundeswehr. Eine neue Bundeswehrstruktur muß zudem der Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage entsprechen und zur Lösung von Akzeptanzproblemen unserer Landesverteidigung beitragen.

Die neue Bundeswehrstruktur muß

- für Streitkräftereduzierungen, die sich aus Fortschritten bei Abrüstungsverhandlungen ergeben, offen sein;
- bei der Beschaffungs- und Rüstungsplanung Auswirkungen auf die Rüstungskontrollpolitik und das sicherheitspolitische Umfeld sorgfältig beachten;
- auf den Grundsatz der strukturellen Angriffsunfähigkeit so ausgerichtet sein, daß die Staaten des Warschauer Vertrages aufgefordert werden können, diesem – von ihnen erklärten – Ziel in gleicher Weise zu entsprechen (Pilotfunktion). Beiderseitige Beschränkung der Verteidigungsvorkehrungen auf wirksame und rein defensiv ausgerichtete konventionelle Verteidigung, die grenznah ausgerichtet ist, soll einen weitgehenden Abbau der zum Angriff fähigen Verbände und der dazu geeigneten Ausrüstung ermöglichen.

Ein umfassendes Abrüstungs- und Rüstungskontrollkonzept der NATO ist ebenso unerlässlich wie die Abstimmung der neuen Bundeswehrstruktur mit unseren Bündnispartnern. Das Augenmerk muß verstärkt auf die Reform der militärischen Vorkehrungen des Bündnisses und auf solche bündnisgemeinsamen Rüstungskontrollinitiativen gelegt werden, mit denen die Allianz auf Fortsetzung des mit dem INF-Vertrag eingeleiteten Abrüstungsprozesses bei konventionellen Streitkräften und Nuklearwaffen drängen kann. Rüstungs- und Rüstungskontrollplanung des Bündnisses müssen hierfür aufeinander abgestimmt und auf diese sicherheitspolitische Zielsetzung ausgerichtet sein.

Wir fragen die Bundesregierung:

B. Die Bundeswehr im Bündnis

I. Sicherheitspolitische Bewertung der Lage

1. a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesaußenminister Genscher: „Es gibt heute keine einseitige Sicherheit mehr. Es gibt nur noch Sicherheit für alle oder für niemanden.“?

- b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesaußenminister Genscher: „Es geht in Wahrheit darum, über das Netz der Abschreckung – das Auffangnetz der ultima ratio – ein zusätzliches Netz von neuen kooperativen Strukturen militärischer Sicherheit zu spannen, und damit die Risiken zu reduzieren, die sich bei einer ausschließlichen Abstützung auf Abschreckung ergeben würden.“?
2. a) Wie beurteilt die Bundesregierung die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland heute, nach welchen Kriterien und mit welchen Prioritäten?
- b) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus ihrer Lagebeurteilung für die Verteidigungspolitik und die Entwicklung der Bundeswehr?
3. Wie vergleicht die Bundesregierung militärisch wirksame Potentiale, nach welchen Kriterien und nach welcher Struktur des Potentialvergleichs?
4. a) Wie beurteilt die Bundesregierung in einer weltweiten Betrachtung das militärische Kräfteverhältnis zwischen der Atlantischen Allianz und der Warschauer Vertragsorganisation?
- b) Wie beurteilt die Bundesregierung das militärische Kräfteverhältnis bezüglich Europa? Welche Folgerungen leitet die Bundesregierung daraus für Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik ab?
- c) Wie sehen die Personalstärken der in NATO und Warschauer Pakt sich gegenüberstehenden Streitkräfte nach Land-, See-, Luft- und Raketenstreitkräften sowie Marineinfanterie aus
- in globaler Betrachtungsweise,
 - bezüglich Europa?
- d) Wie viele Soldaten werden in der UdSSR nach Kenntnis der Bundesregierung eingesetzt für
- den Küstenschutz, Grenzschutz, die innere Sicherheit,
 - Einheiten im Fernen Osten und im Pazifischen Raum,
 - Einheiten mit zivilen Aufgaben (Eisenbahn, Landwirtschaft, Bautätigkeit)?
- Wie viele dieser Streitkräfte hält die Bundesregierung für eine Konfrontation in Europa für verfügbar?
5. a) Wie und nach welchen Kriterien beurteilt die Bundesregierung das militärische Kräfteverhältnis bei den Landstreitkräften
- in globaler Betrachtungsweise,
 - bezüglich Europa?
- b) Wie und nach welchen Kriterien beurteilt die Bundesregierung das militärische Kräfteverhältnis bei den Luftstreitkräften, insbesondere Bombenzuladungsfähigkeit und Reichweite von Bombern, Jagdbombern und Jagdflugzeugen in Jabo-Nebenrolle
- in globaler Betrachtungsweise,
 - bezüglich Europa?

- c) Wie beurteilt die Bundesregierung das globale Kräfteverhältnis zur See, aufgeteilt nach Anzahl der Einheiten und Tonnage bei
 - aa) Flugzeugträgern,
 - bb) Reichweite/Zuladungsfähigkeit der auf Flugzeugträgern stationierten Flugzeuge,
 - cc) Kampfschiffen über 1 000 BRT,
 - dd) Landungsfahrzeugen,
 - ee) Marineinfanterie
 - ff) Minenkriegführung und Küstenwacht,
 - gg) taktischen U-Booten,
 - hh) mobiler Versorgung?
- 6. a) Was hat die Bundesregierung veranlaßt, um Informationssysteme den Erfordernissen der Führung der Bundeswehr so anzupassen, daß Lagefeststellung und Lagebeurteilung auch als Grundlage für mögliche Reduzierungen und Abrüstungsschritte genutzt werden können?
- b) Was veranlaßt die Bundesregierung, um Informationen relevant, zuverlässig, aktuell und transparent auch für Zwecke der Verifikation von Rüstungskontrollvereinbarungen zur Verfügung stellen zu können?

II. Struktur und Planung der Bundeswehr

- 7. a) Ist die Bundesregierung bereit, in der Erstellung der Bundeswehrpläne eine Methodik und Systematik herzustellen und beizubehalten, welche die Vergleichbarkeit der jeweiligen Bundeswehrpläne ermöglicht?
- b) Hält die Bundesregierung einen der bislang von ihr vorgelegten Bundeswehrpläne im Rahmen der jeweiligen Finanzplanung für realisierbar und falls ja, welchen?
- c) Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen oder vorgesehen, um die Finanz-, Rüstungs- und Personalplanung für die Bundeswehr wieder zur Deckung zu bringen?
- 8. Welche Personalkostenentwicklung mit welchen Steigerungsraten (in absoluten Zahlen und als Anteil des Einzelplans 14) für welchen Zeitraum hat die Bundesregierung eingeplant?
- 9. a) Welche Priorität (Rangfolge) weist die Bundesregierung den Beschaffungs-Großprojekten von Heer, Luftwaffe und Marine bis zum Jahr 2000 zu?
- b) Was unternimmt die Bundesregierung, um bei Planung und Einleitung von Rüstungsmaßnahmen eine zu strikte und langfristige Festlegung für die zukünftige Politik zu verhindern?
- c) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung eingeleitet, damit die Rüstungsplanung Fortschritte in der Abrüstung nicht behindert? Ist sie bereit, die – 1983 beendete – rüstungskontrollpolitische Bewertung ihrer Rüstungsprojekte erneut aktuell vorzunehmen?

10. a) Erlaubt die Bundesregierung Überplanungen der militärischen Planer? Wie verhindert sie ggf. solche?
- b) Wie steuert der Bundesminister der Verteidigung den Mittelabfluß im Einzelplan 14 in den einzelnen Haushaltsjahren?
- c) Wofür sind die finanziellen Mittel der Haushaltsjahre ab 1983 bis heute verwendet worden, die für die ursprünglich in dem jeweiligen Haushaltsjahr vorgesehenen Projekte nicht abfließen konnten?
- d) Sind dadurch Mehrausgaben entstanden und wenn ja, welche?
11. a) Welches Programm hat die Bundesregierung und nach welchem Prinzip, um eine Kostendämpfung in der Rüstungsbeschaffung zu erzielen?
- b) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten zur Kostendämpfung beim Beschaffungswesen, Wertanalyse bzw. Controlling?
- Nutzt sie das Verfahren der Wertanalyse und des Controlling im Bereich des BMVg und mit welchem Ergebnis, in welchen Sektoren, bei welchen Projekten und wo nicht, warum nicht?
- c) Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß der Bundesrechnungshof Prüfungskompetenz für alle Investitionstätigkeiten, insbesondere die Rüstungsbeschaffungsaufträge, des Verteidigungsressorts erhält?
12. a) Bestätigt die Bundesregierung ihre früheren Aussagen, 456 000 ständig aktive Soldaten seien das operative Minimum?
- b) Welche Konsequenzen wird es für die Erfüllung des Auftrags der Bundeswehr haben, wenn ihre Präsenzstärke trotz aller personalwirksamen Maßnahmen unter 456 000 Soldaten absinken sollte?
13. a) Wann hat die Bundesregierung erstmals einen personalwirksamen Maßnahmenkatalog mit welchem Zeitplan für welche Planziele zur Deckung des Bundeswehrplanes vorgelegt?
- b) Hat die Bundesregierung seitdem ihre personellen Planziele verändert und ggf. wie?
- c) Haben sich die Eckdaten der Personalplanung seitdem verändert und ggf. wie?
- d) Welche ursprünglich geplanten personalwirksamen Maßnahmen hat die Bundesregierung nicht vorgenommen oder eingeleitet, welche Maßnahmen hat sie zu welchem späteren Zeitpunkt vorgenommen/eingeleitet und warum?
- e) Über welche veränderten durchgeführten Maßnahmen hat sie den Deutschen Bundestag im Zusammenhang unterrichtet?

14. a) Welche Maßnahmen will die Bundesregierung nunmehr ergreifen, um ihre – ggf. veränderten – personellen Planziele zu erreichen?
- b) Welche Personalkostenentwicklung folgt daraus für die Bundeswehr insgesamt und für die einzelnen Teilstreitkräfte?
15. a) Glaubt die Bundesregierung, ohne eine gesetzliche Dienstzeitregelung den Dienst in der Bundeswehr für freiwillige und wehrpflichtige Soldaten attraktiv genug gestalten zu können?
- b) Wie viele Soldaten befinden sich im Jahresdurchschnitt im dienstzeitbeendenden Unterricht bzw. in anderen Maßnahmen des Berufsförderungsdienstes?
- c) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Sockel von Längerdienenden (Kernbestand) auf 98 500 erhöht werden kann?
- d) Welche Kosten sind eingeplant, um genügend Anreize für diese Entwicklung zu bieten?
- e) Wie soll sich der Stellenkegel entwickeln, um diesen Sockel von 98 500 zu erhalten?
16. Wie hoch ist die Anzahl der jährlichen Wehrdienstverweigerer bei Reservisten seit 1983, und mit welcher weiteren Entwicklung rechnet die Bundesregierung?
17. a) Dient die neue Heeresstruktur 2000 auch dazu, den Auftrag der Bundeswehr mit einer deutlich geringeren Präsenzstärke erfüllen zu können?
- b) Sind Änderungen der Heeresstruktur 2000 erforderlich, damit das Heer seinen Auftrag – ggf. in welcher veränderten Weise – erfüllen kann, Bündnisverpflichtungen entspricht und über „lebensfähige“ Verbände verfügt?
- c) Ist diese geplante Heeresstruktur offen für Reduzierungs- und Abrüstungsmaßnahmen?
- d) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß Sperrbrigaden, Kaderung auch von Kampfverbänden in der Vorverteidigung und milizähnliche Verwendung von Reservisten im Heimatschutz die Bundeswehr einer eindeutigen Defensivstruktur näher bringen?
18. a) Hält die Bundesregierung die Zahl von 15 000 Wehrübungsplätzen mit rund 400 000 Einberufungen jährlich, vor allem hinsichtlich der Belastung der aktiven Truppe, der Wehrverwaltung und des zivilen Arbeitsmarktes, immer noch für realistisch und notwendig?
- b) Wie hoch (in absoluten Zahlen/in %) ist der jährliche Anteil der Reservisten seit 1983, die der Einberufung zu einer Pflichtwehrrübung nicht Folge leisten?
- c) Welche Begründungen stehen beim Nichtantreten von Pflichtwehrrübungen im Vordergrund?

- d) Mit welcher Ausfallquote rechnet die Bundesregierung im Hinblick auf die von ihr geplante Erhöhung der Wehrübungsplätze?
 - e) Wie soll die aktive Truppe die Ausbildung und militärische Fortbildung der einberufenen Reservisten sicherstellen?
19. a) Wie beurteilt die Bundesregierung das amerikanische Modell wesentlich höherer materieller Entlohnung von Reservisten als Ausgleich für zusätzliche Belastungen?
- b) Ist die Bundesregierung bereit, in Truppenversuchen milizähnliche Systeme der Reservistenorganisation und das Modell einer gespaltenen Wehrpflicht (längerer Grundwehrdienst in Kernverbänden gegenüber verkürztem Grundwehrdienst in Mantelverbänden bei verstärkter Übungsbeanspruchung) zu erproben?
- c) Prüft die Bundesregierung Zweckmäßigkeiten, Aufgaben einer Teilstreitkraft einer anderen Teilstreitkraft ganz oder zusätzlich zuzuweisen oder aber Teilstreitkraft-übergreifend erfüllen zu lassen, und falls ja, welche und mit welchem Ergebnis?
20. Welche konzeptionellen Überlegungen und Untersuchungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um einen neuen Auftrag, eine neue Struktur und eine neue Instrumentierung für die Streitkräfte in der Zukunft zu finden, die dem Ziel der Erhöhung der Stabilität durch beiderseitige Herstellung einer strukturellen Angriffsunfähigkeit einschließlich Invasionsunfähigkeit unter Verzicht auf Offensivpotentiale gerecht werden?
21. Wie will die Bundesregierung einen auf 18 Monate verlängerten Grundwehrdienst im einzelnen gestalten?

II.1 Heer

22. a) Warum hat die Bundesregierung nach der Entscheidung für eine neue Heeresstruktur beinahe ein Jahr bis zum Beginn von Truppenversuchen verstreichen lassen?
- b) Ist die Bundesregierung bereit – im Falle eines Änderungsbedarfs der Heeresstruktur 2000 – diese Änderungen im Rahmen der neuen Struktur rascher und entschlossener zu testen und umzusetzen?
- c) Welche Vorgaben und Planungskriterien hat der Bundesminister der Verteidigung für die Überarbeitung der neuen Heeresstruktur 2000 zugrunde gelegt?
- d) Wird der Bundesminister der Verteidigung bei der Erarbeitung einer neuen Heeresstruktur die Möglichkeit der Kombination der bisherigen Vorneverteidigung mit gepanzerten, hochbeweglichen Verbänden mit Elementen einer eher statischen Raumverteidigung mit einem hohen Anteil von Reservisten, die im infanteristischen Heimatschutz eingesetzt sind, prüfen?

- e) Ist der Bundesminister der Verteidigung bereit, im Heer Truppenversuche mit Miliz-ähnlichen Modellen vorzunehmen, wie sie bereits von der Wehrstrukturkommission 1972 vorgeschlagen wurden?
23. Wird nach Auffassung des Bundesministers der Verteidigung der Panzer auch in der Bundeswehr der 90er Jahre und des nächsten Jahrhunderts das Hauptwaffensystem des Heeres sein?
24. Was ist nach Auffassung der Bundesregierung das „operative Minimum“ an deutschen und alliierten Soldaten für die integrierte Vorneverteidigung an der Ostgrenze der Bundesrepublik Deutschland?
25. a) Treffen Pressemeldungen (FAZ, 14. November 1988) zu, daß „das deutsche Heer . . . in den nächsten Jahren voraussichtlich noch stärker verkleinert werden müsse(n), als es Anfang des Jahres mit der ‚Heeresstruktur 2000‘ bereits beschlossen worden ist“, und ist es richtig, daß „deshalb der Auftrag an das Heer, die künftige Heeresstruktur mit 42 Brigaden zu planen, aufgehoben (ist) und die Zahl der Brigaden, die das deutsche Heer künftig umfassen soll, ‚freigegeben‘ worden (ist)“?
- b) Ist es richtig, daß „die Arbeit im Führungsstab des Heeres an der im Februar (1988) genehmigten ‚Heeresstruktur 2000‘ weiterläuft, während gleichzeitig eine bisher noch kleine Arbeitsgruppe dabei ist, anhand der neuen Erkenntnisse realistischere Planungsdaten zu errechnen als sie bisher gegeben sind“?
- c) Trifft es weiter zu, daß die Heeresleitung bereit ist, die Verlängerung des Grundwehrdienstes von 15 auf 18 Monate u. a. deshalb zur Disposition zu stellen, weil man bei einer verringerten Zahl der Verbände weniger Wehrpflichtige braucht?

II.2 Luftwaffe

26. Werden nach der Beseitigung der Pershing I A-Raketen der Bundesluftwaffe die entsprechenden Luftwaffenverbände aufgelöst, oder werden sie einer neuen Verwendung zugeführt, und wenn ja, welcher?
27. a) Wie will die Bundesregierung den durch die Kostenentwicklung beim Jäger 90 zu erwartenden Verdrängungseffekt zu Lasten von Heer und Marine auffangen?
- b) Beabsichtigt die Bundesregierung, Tornados der Luftwaffe mit Abstandsflugkörpern, ggf. aus amerikanischer Entwicklung, auszurüsten? Hat es darüber auf Regierungs- oder Expertenebene Gespräche oder Vereinbarungen gegeben?
28. a) Ist die Bundesregierung bereit, auch die Luftstreitkräfte in die KRK-Verhandlungen einzubeziehen, und wenn ja, sollen Reduzierungen bei den Luftstreitkräften parallel zu denen der Landstreitkräfte erfolgen?

- b) Wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß sich die Staaten der Atlantischen Allianz und des Warschauer Vertrages unter dem Ziel der Beseitigung der Fähigkeit zu großen Offensivoperationen darauf einigen, zusammen mit der Beseitigung der landgestützten Offensivkapazitäten auch die offensiven Luftkampfoptionen sowie deren entsprechende Instrumentierung abzubauen?
- c) Wäre vor dem Hintergrund der vorgenannten Frage für die Bundeswehr eine Luftverteidigung denkbar, die sich ausschließlich auf bodengestützte Raketen und leichte Jagdflugzeuge stützt?

II.3 Marine

- 29. a) Glaubt die Bundesregierung, sich bei der Seeaufklärung durch die im wesentlichen in Nord- und Ostsee operierende Bundesmarine an der Ausrüstung derjenigen Seestreitkräfte orientieren und beteiligen zu sollen, die Ozeane zu ihren Einsatzgebieten zählen, und falls ja, mit welcher Begründung?
 - b) Will die Bundesregierung beim Ersatz des Seeaufklärungsflugzeuges „Brequet Atlantique“ durch ein „Maritime Patrol Aircraft 90“ (MPA 90) sowohl auf eine europäische Lösung als auch eine Vergleichsmöglichkeit zur Option „Kauf in den USA“ verzichten sowie die Beteiligung an der erfolgreichen europäischen Logistikorganisation SIGMA aufgeben (falls ja, warum), und welche Aufträge für die deutsche Industrie mit welchem Arbeitplatzeffekt hat die von der Bundesregierung ins Auge gefaßte Lösung? Was würde eine weitere Kampfwertsteigerung der „Brequet Atlantique“, die alle wesentlichen Leistungen erbringt, kosten?
30. Welches Hubschrauber-Konzept hat die Marine, und wie läßt sich dieses mit dem deutsch-französischen Hubschrauber-Großprojekt Panzerabwehrhubschrauber 2 (PAH 2) vereinbaren?

II.4 Personal

- 31. a) Wie groß ist – Stichtag: 1. Januar 1989 – der Überhang an Wehrpflichtigen aus den „geburtenstarken“ Jahrgängen, die zwar gemustert, aber noch nicht zum Grundwehrdienst herangezogen sind?
 - b) Wird dieser „Überhang“ durch die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate ab 1. Juni 1989 noch größer und in welchem Maße?
32. In mehreren Veröffentlichungen (FAZ, 14. November 1988, SZ, 24. November 1988) wird von einem fünfstelligen Fehl im Bereich der Unteroffiziere des Heeres gesprochen, das – wenn dies zutrifft – zu erheblichen Auswirkungen im Bereich der Menschenführung führen muß, zumal die Masse der Grundwehrdienstleistenden Soldaten und der Reservisten im Heer dient.

Wie gedenkt die Bundesregierung auf diese Personallücke zu reagieren und der zu befürchtenden Entwicklung entgegenzuwirken?

II.5 Reservistenkonzeption

33. a) Wie und wann innerhalb des Grundwehrdienstes sollen die – für eine Mobilmachungsverwendung außerhalb ihrer Teilstreitkraft/Truppengattung vorgesehenen – Soldaten für ihre spätere Verwendung ausgebildet werden?
- b) Wie will der Bundesminister der Verteidigung die Soldaten, die aufgrund ihrer Mobilmachungsplanung einer anderen Teilstreitkraft oder Truppengattung zugewiesen werden, von dieser Maßnahme überzeugen und für die neue Aufgabe motivieren?
- c) Ergeben sich aus der Reservistenkonzeption der Bundesregierung Mehrbelastungen für Unternehmen/Betriebe (klein, mittel, groß), öffentlichen Dienst, Wehersatzbehörden sowie aktive Truppenteile, und wie sollen sie bewältigt werden?
- d) Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der Akzeptanz der Bundeswehr durch die Gesellschaft angesichts der vermehrt geplanten Einberufungen von Reservisten und den damit sich ergebenden Mehrbelastungen?
34. a) Welche Kosten in welcher Höhe entstehen bei der Realisierung der durch den Bundesminister der Verteidigung vorgelegten Reservistenkonzeption für die einzelnen vorgesehenen Maßnahmen?
- b) Aus welchen Mitteln im Einzelplan 14 werden diese Kosten finanziert?
- c) Führen diese Maßnahmen zu einer Steigerung der Personalkosten insgesamt und ggf. in welcher Höhe?

II.6 Material

35. a) Welche Waffensysteme mit welchen Reichweiten sind nach Auffassung der Bundesregierung dem Konzept „Follow-on Forces Attack“ (FOFA) zuzuordnen?
- b) Gibt es Unterschiede zwischen der FOFA-Reichweitendefinition der Bundesregierung und der des Bündnisses oder einzelner Bündnispartner, und falls ja, welche Auswirkungen haben diese?
- c) Wie ist der Stand der Entwicklung der FOFA-Waffen in der Bundesrepublik Deutschland sowie bei den Bündnispartnern, insbesondere den Vereinigten Staaten?
- d) Welcher Bedarf an militärischer Aufklärung besteht, um das FOFA-Konzept wirksam zu machen?
- e) Wie hoch werden die Kosten der militärischen Aufklärung für FOFA aus Sicht der Bundesregierung/des Bündnisses veranschlagt, und welchen Kostenanteil soll die Bundesrepublik Deutschland übernehmen?

- f) Welche Aufklärungssysteme werden allein oder im Bündnis mit welcher Aufklärungstiefe entwickelt bzw. eingesetzt?
 - g) Welche boden- oder luftgestützten Waffenplattformen werden im FOFA-Zusammenhang allein oder im Bündniszusammenhang entwickelt bzw. stehen zur Verfügung?
36. a) Wie hoch sind die Kosten für erste Modifizierungen des Waffensystems PATRIOT zur Erlangung einer ATM-/ATBM-Fähigkeit?
- b) Ist das Waffensystem PATRIOT grundsätzlich auch zum Boden-Boden-Einsatz geeignet und ggf. in welchem Reichweitenband?
37. a) Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit dem Technex-Programm zur Erforschung der Risikotechnologien ballistischer Raketensysteme, wie ist der Stand dieses Programms, wie viele Mittel sind verausgabt worden und sollen noch verausgabt werden, und welche Resultate wurden bisher im Rahmen des Technex-Programms erzielt?
- b) Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit und Durchführbarkeit des Aufbaus einer „erweiterten Luftabwehr“ gegen bodengestützte ballistische Raketen, Cruise Missiles und Abstandswaffen?
38. a) Welche Regelung hat die Bundesregierung mit der US-Regierung über Lagerung, Dislozierung und Einsatz von chemischen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland getroffen? Sind der Bundesregierung die Lagerorte und die Anzahl sowie die Qualität der US-Chemiewaffen in der Bundesrepublik Deutschland bekannt?
- b) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das US-Haushaltsgesetz für das Jahr 1989 Mittel für die Entwicklung eines binären chemischen Sprengkopfes für das Artillerie-Waffensystem MLRS enthält? Welche MLRS sollen damit bestückt werden, und ist beabsichtigt, die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten MLRS mit binären chemischen Sprengköpfen auszustatten bzw. hat die Bundesregierung es sowohl für die amerikanischen als auch die deutschen MLRS ausdrücklich ausgeschlossen? Wenn ja, bei welcher Gelegenheit ist dies geschehen, und wem ist dies von wem mitgeteilt worden? Wenn nein, wird die Bundesregierung dies unverzüglich und entschieden nachholen?
39. a) Welche Aufklärungs- und Informationssysteme kann die Bundesregierung für die Verifikation von Rüstungskontroll-Abkommen in Europa zur Verfügung stellen?
- b) Ist die Bundesregierung bereit, Architektur-Studien für Verifikationssatelliten zur Verifikation konventioneller Truppenreduzierungen zwischen Atlantik und Ural in Auftrag zu geben?
40. a) In welcher Weise, mit welchen Mitteln, Vorgaben und welchen Abstimmungsmechanismen paßt die Bundesregie-

rung die Führungsinformationssysteme sowie die Führungs- und Waffeneinsatzsysteme an Bedrohungsanalyse, Warnzeitbedarf und Führungserfordernisse der NATO an?

- b) Welche elektronischen Führungsmittel für die Führungs- und Waffeneinsatzsysteme der Bundeswehr hält die Bundesregierung in Zukunft für erforderlich?
- c) Bestehen gegenwärtig Unterschiede im Aufbau der einzelnen Führungsinformationssysteme der einzelnen Teilstreitkräfte, die nicht durch unterschiedliche Aufgaben und Struktur der Teilstreitkräfte bedingt sind?
- d) Auf welchen Ebenen werden nationale und NATO-Informationssysteme, Informationen und Auswertungen koordiniert?
- e) Welche Aufklärungs- und Zielortungsmittel sind zur flexiblen eigenen Gegenreaktion und zur Abdeckung des Bedrohungsspektrums auch künftig für einen Verteidiger unabdingbar?
- f) Wie schlagen sich daraus abgeleitete Forderungen in der Bundeswehrplanung nieder?

II.7 Betrieb

- 41. a) Wie haben sich die jährlichen Betriebskosten von Heer, Luftwaffe und Marine von 1983 bis heute entwickelt?
- b) Wie beurteilt die Bundesregierung die Materialwirtschaft von Heer, Luftwaffe und Marine, und wo sieht sie vorrangigen Handlungsbedarf? Was hat die Sparstudie Logistik im Kern ergeben?
- 42. a) Wieviel Personal in welchen übergeordneten Einrichtungen ist in diesen drei Teilstreitkräften für Materialwirtschaft und -erhaltung eingesetzt?
- b) Welche Probleme für die Materialwirtschaft, insbesondere die Ersatzteilbevorratung, ergeben sich durch die Einführung neuen Materials?
- c) Mit welcher Kostenentwicklung für die Materialerhaltung moderner Munition ist zu rechnen?

II.8 Kosten/Finanzen

- 43. a) Gemäß Veröffentlichung der SZ vom 24. November 1988 beklagt der Inspekteur des Heeres (erneut) die geringe finanzielle Ausstattung des Heeres und die zu geringe Investitionsquote von nur 20 % mit den hieraus sich ergebenden Konsequenzen für Ausrüstungsstand und Auftrags-erfüllung.

Wie hoch sind die Investitionsquoten von Luftwaffe und Marine?

- b) Welche Konsequenzen mit ggf. welchem Veränderungsbedarf zieht die Bundesregierung aus dieser Lage im Hinblick auf die – von ihr zumindest in Erklärungen noch mitgetragene – Priorität der Vorneverteidigung?
- 44. Wie hoch sind die Personalkosten-Anteile von Heer, Luftwaffe und Marine?

III. *Motivation der Soldaten und der Zivilbediensteten der Bundeswehr*

III. 1 *Politische Bildung*

- 45. a) Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung der Weiterentwicklung des Konzepts des „Staatsbürgers in Uniform“ und der Prinzipien der Inneren Führung für eine Verbesserung des Verhältnisses von Bundeswehr und Gesellschaft bei, und welche Maßnahmen trifft sie in diesem Zusammenhang?
- b) Geht die Bundesregierung davon aus, daß die politische Bildung in der Bundeswehr ein ausreichendes Niveau erreicht hat, und mit welchen Initiativen will die Bundesregierung ggf. die politische Bildung der Soldaten verbessern?
- c) Welche Aufgaben sieht die Bundesregierung in der politischen Bildung der Soldaten heute?
- d) Mit welchen Inhalten und Zielen will sie auf die zunehmende politische Entspannung und den wachsenden Abrüstungswillen in der Bevölkerung eingehen?
- 46. a) Welchen Stellenwert hat die politische Bildung in der Bundeswehr für die Bundesregierung?
- b) Wie begründet die Bundesregierung die vorgesehenen Kürzungen der Ausgaben für politische Bildung in der Truppe, und wie will sie dem Vorwurf begegnen, daß der politischen Bildung unserer Soldaten nicht mehr die notwendige Bedeutung zugemessen wird?
- c) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den nachteiligen Auswirkungen von Kürzungen der Haushaltsmittel für politische Bildung entgegenzuwirken?
- d) Wie wertet die Bundesregierung die Kürzung der Ausgaben für politische Bildung im I. Korps für 1988 um rund 10 %?
- e) Sind solche Kürzungen auch in anderen Großverbänden der Bundeswehr angeordnet worden? Wenn ja, in welchen Verbänden und in welchem Umfang?
- f) Warum wurde die Deckungsfähigkeit des Titels 525 11 (politische Bildung) im Kapitel 14 03 aufgehoben?

III.2 *Menschenführung*

- 47. a) Herrscht nach Kenntnis der Bundesregierung auch in den höheren Rängen des Offizierskorps der Bundeswehr eindeutig das Soldatenbild des „Bürgers in Uniform“ vor, oder

gibt es eine nennenswerte Zahl von Anhängern der „sui generis“-Auffassung, wonach der Auftrag des Soldaten auch im Frieden keinen Vergleich mit der zivilen Berufswelt erlaubt?

- b) Worauf führt die Bundesregierung die von vielen sachverständigen Beobachtern – unter anderem dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages – beklagte Kühle im Truppenalltag der Bundeswehr zurück?

Was unternimmt die Bundesregierung, um in der Ausbildung von Führern und Unterführern der Menschenführung ein stärkeres Gewicht zu geben und die Heranbildung von „Technokraten in Uniform“ zu vermeiden?

48. a) Worauf führt die Bundesregierung zurück, daß Wehrpflichtige nach Ableistung ihres Grundwehrdienstes sehr viel negativer über Sinn und Gestaltung des Wehrdienstes urteilen als vor ihrer Einberufung?
- b) Was unternimmt die Bundesregierung, um während des Grundwehrdienstes eine „sinnvolle, fordernde Dienstgestaltung“ mehr als bisher zu gewährleisten?
- c) In welcher Weise will die Bundesregierung sicherstellen, daß Reservisten die künftig stärkere Beanspruchung durch Wehrübungen nicht nur als persönlich belastend, sondern auch als verteidigungspolitisch sinnvoll beurteilen?

C. Die Bundeswehr in der Gesellschaft

49. a) Welche Tendenzen sieht die Bundesregierung bei der Entwicklung des Verhältnisses von Bundeswehr und Gesellschaft sowie bei der Akzeptanz von Verteidigungsanstrengungen in der Bevölkerung, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund der zu beobachtenden Tendenzen?
- b) Wie erklärt sich die Bundesregierung die von Jahr zu Jahr steigende Zahl von Wehrdienstverweigerern, wie bewertet sie diese Entwicklung, und mit welchen Maßnahmen wird sie auf diese Entwicklung reagieren?
- c) Bei welchem Prozentsatz von Wehrdienstverweigerern pro Jahrgang entstehen so große Lücken für die Personalplanung der Bundeswehr in den 90er Jahren, daß neue Entscheidungen notwendig werden?
- d) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Akzeptanz der beschlossenen Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate und über die Auswirkungen dieser Verlängerung auf die Verweigererquote?
- e) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung vorbereitet oder in Planung, um den auf 18 Monate verlängerten Wehrdienst so sinnvoll und ausbildungsintensiv zu gestalten, daß funktionaler Leerlauf („Gammeldienst“) verhindert wird und von der Wehrdienstverlängerung keine negativen Wirkungen für das Ansehen des Wehrdienstes in unserer Gesellschaft ausgehen?

- f) Was wird die Bundesregierung unternehmen, um der zunehmend negativen Einschätzung von entlassenen Grundwehrdienstleistenden über die Bundeswehr und die Wehrpflicht entgegenzuwirken?
- 50. Wie will die Bundesregierung Bildungs- und Ausbildungsstand der Unterführer verbessern?
- 51. a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Änderung des Bewußtseins der Bevölkerung bezüglich der Bedrohung, und welchen Handlungsbedarf sieht sie deswegen?
- b) Sieht sich die Bundesregierung durch tatsächliche Änderungen der Bedrohungssituation und durch das sich wandelnde Bedrohungsbewußtsein dazu veranlaßt, die Definition des Auftrags der Bundeswehr weiter zu entwickeln, und mit welchem Ziel soll dies ggf. geschehen?
- c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Akzeptanz der Bundeswehr in der Gesellschaft heute und im Hinblick auf die steigenden Einberufungszahlen von Reservisten und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den öffentlichen Dienst?

D. Die veränderte militärische Lage nach dem INF-Abkommen

- 52. a) Unter welchen Umständen kann auf taktische Atomwaffen in Europa vollständig verzichtet werden?
- b) Hat der INF-Vertrag nach Auffassung der Bundesregierung zur Zunahme oder Abnahme der militärischen Stabilität in Europa geführt?
- c) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesaußenminister Genscher: „Wir wollen durch Abrüstungsschritte mehr Sicherheit schaffen. Deshalb sehen wir in der Kompensation von Abrüstung durch neue Aufrüstung einen Verstoß gegen den Sinn stabilitätsbildender Abrüstung. Sie würde neue Instabilität schaffen und einen neuen Rüstungswettlauf in Gang setzen. Um ein Beispiel zu nennen: Das INF-Abkommen hat mehr Sicherheit geschaffen. Wollte man an anderer Stelle – wo es durch Abkommen noch nicht untersagt ist – Ersatz für die nuklearen Mittelstreckenraketen einführen, so würde man das erste nukleare Abrüstungsabkommen in der Geschichte in sein Gegenteil verkehren.“ (Bulletin, 3. November 1988, Nr. 142, S. 1280)?
- 53. a) Handelt es sich bei der „Modernisierung der LANCE“ um eine Erhaltung/Steigerung des Kampfwertes des eingeführten Waffensystems oder um den Ersatz durch ein neues Waffensystem?
- b) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung dazu ein, die LANCE durch ein neues Waffensystem zu ersetzen?
- c) Hat sich die Bundesregierung in irgendeiner Weise zur Kostenbeteiligung bei Forschung und Entwicklung und beim Ersatz der amerikanischen LANCE des US-Heeres in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet?

- d) Soll das von der US-Regierung gewünschte Projekt, LANCE durch ein neues Waffensystem zu ersetzen, durch die NATO gemeinsam finanziert werden, zu welchen Kosten, aus welchen Mitteln und wofür im einzelnen?
 - e) Wie kommt die Bundesregierung zu der Auffassung, daß die Dienstzeit von LANCE im Jahr 1995 auslaufe?
 - f) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von NATO-Oberbefehlshaber Galvin, daß die LANCE nicht mehr zu modernisieren sei, und welche Begründung bringt sie hierfür vor?
 - g) Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, nuklearfähige taktische ballistische Flugkörper – z. B. im Falle der Stationierung eines neuen Waffensystems anstelle der LANCE – im Rahmen einer „erweiterten Luftverteidigung“ durch Flugkörper-/Raketenabwehr (ATM/ATBM) zu schützen?
 - h) Welche konzeptionellen, zeitlichen und technischen Vorstellungen hat die Bundesregierung gegebenenfalls, und welche Kosten für ATM/ATBM veranschlagt sie?
54. a) Hat die Bundesregierung die Absicht, konventionelle oder doppelt verwendungsfähige Abstandswaffen für Flugzeuge allein oder mit den Bündnispartnern zu entwickeln, und wenn ja, um welche Systeme handelt es sich dabei im einzelnen?
- b) Hatte das Projekt „Long Range Stand-off Missile“ (LRSOM) eine nuklearfähige Komponente, wie heißt das Projekt heute, und wie ist es ausgelegt?
- c) Hat die Bundesregierung die Absicht, Abstandsflugkörper, die von anderen Bündnispartnern entwickelt werden, für die Bundesluftwaffe zu übernehmen, und ggf. welche?
- d) Ist die Planungsvorgabe einer Vorwarnzeit von 48 Stunden noch realistisch?

E. Perspektiven: Konventionelle Abrüstung und Bundeswehrstruktur

55. a) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, bei den Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa in einem ersten Schritt die Großwaffensysteme der Landstreitkräfte der Staaten der Atlantischen Allianz und des Warschauer Vertrages auf gleiche Obergrenzen in Höhe von 95 % der heutigen NATO-Stärke zu reduzieren? Gibt es über diesen Vorschlag einen Konsens in der NATO? Würde die Realisierung dieses Vorschlags die Notwendigkeit von Strukturveränderungen bei der Bundeswehr nach sich ziehen?
- b) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, Panzer und andere Großwaffensysteme der Landstreitkräfte der beiden Bündnisse in Europa auf gleiche Obergrenzen in Höhe von 85 % der heutigen Bestände der NATO zu redu-

- zieren und die Hälfte dieser reduzierten Bestände in international überwachte Depots einzulagern?
- c) Welche Strukturveränderungen bei der Bundeswehr würde die Realisierung dieses Vorschlages nach sich ziehen müssen?
56. a) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, bei den Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa die Großwaffensysteme der Land- und Luftstreitkräfte der beiden Bündnisse, insbesondere Panzer, Artillerie, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber, auf gleiche Obergrenzen in Höhe von 50 % der heutigen Bestände der NATO zu reduzieren?
- b) Welche Strukturveränderungen (Ansätze) bei der Bundeswehr würde die Realisierung dieses Vorschlags nach sich ziehen müssen?
- c) Welche Untersuchungen hat die Bundesregierung bisher angestellt bezüglich der Frage, welche Auswirkungen die unterschiedlichen konventionellen Abrüstungsschritte auf Auftrag und Struktur der Bundeswehr haben müßten?
57. a) Glaubt die Bundesregierung angesichts der rüstungskontrollpolitischen Ausgangslage, daß die NATO in den KRK-Verhandlungen konventionelle Stabilität in Europa erzielen kann, ohne – im politischen Zusammenhang damit – das eskalatorische Element der „flexible response“ (den nuklearen Ersteinsatz) zur Disposition zu stellen?
- b) Hätten in einer – um den Verzicht auf die Option des nuklearen Ersteinsatzes – modifizierten Strategie mit Herstellung konventioneller Stabilität in Europa nach Auffassung der Bundesregierung nuklearfähige, taktische ballistische Flugkörper noch Sinn sowie Zweck, und bejahendenfalls, welchen sowie mit welchem Rational?
- c) Ist die Bundesregierung bereit, rüstungspolitische Ziele mit erklärten rüstungskontrollpolitischen Zielsetzungen in Übereinstimmung zu bringen und schlüssig zu halten?
58. a) Welche Möglichkeiten konventioneller Abrüstung sieht die Bundesregierung angesichts der Behauptung von Verteidigungsminister Dr. Scholz, daß das „operative Minimum“, das „die NATO für eine grenznahe, zusammenhängende Vorverteidigung“ aufgrund des Kräfteverhältnisses und der operativen Konzepte von Ost und West zur Zeit benötigt, „größer (ist), als die NATO heute an präsenten, rasch verfügbaren Kräften bereitstellen kann“?
- b) Bedeutet diese Aussage von Verteidigungsminister Dr. Scholz, daß es zur Herstellung konventioneller Abrüstungsfähigkeit der NATO eines Strategiewechsels bedarf (Bulletin, Nr. 103, 26. August 1988, S. 949)?
- c) Ist die Bundesregierung bereit, bilateral und bündnisgemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages Gespräche über Doktrin und Strategien zu führen mit dem Ziel, zu beiderseitigen angriffsunfähigen Strukturen zu gelangen?

59. a) Ist die Bundesregierung gewillt, sich in der NATO und in der WEU für Gespräche über Doktrin und Strategiefragen mit den Staaten des Warschauer Vertrages einzusetzen?
- b) Welche konkreten Schritte hat sie bislang in dieser Richtung unternommen, und was will sie zukünftig unternehmen?
- c) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß das Konzept der nuklearen Abschreckung langfristig überwunden wird?
- d) Welche Initiativen wird die Bundesregierung auf diesem Gebiet ergreifen?
60. a) Welche Inhalte haben die NATO-Konzepte „Conceptual Military Framework“ (CMF), „Offensive Counter-Air“ (OCA) und „Follow-on Forces Attack“ (FOFA)?
- b) Hat die Bundesregierung diesen Konzepten zugestimmt, wann, mit Übernahme welcher Verpflichtungen, und welche sicherheits- sowie verteidigungspolitischen Ziele verfolgte sie dabei?
- c) Will die Bundesregierung auch im Falle von Ergebnissen der KRK-Verhandlungen an diesen Konzepten festhalten?

Bonn, den 1. März 1989

Horn
Erler
Fuchs (Verl)
Gerster (Worms)
Heistermann
Dr. Klejdzinski
Kolbow
Koschnick
Leonhart
Steiner
Zumkley
Dr. von Bülow
Gansel
Dr. Götte

Kühbacher
Leidinger
Nagel
Opel
Dr. Scheer
Traupe
Voigt (Frankfurt)
Wiefelspütz
Walther
Bernrath
Dr. Böhme (Unna)
Ibrügger
Dr. Vogel und Fraktion

